Viel Lärm um ungelegte Eier

Die FWG Rödersheim-Gronau e.V. weist die Unterstellungen der ÖDP mit aller Entschiedenheit zurück, wir hätten öffentlich und in der Tageszeitung DIE RHEINPFALZ argumentiert, dass unsere Vorschläge zur Realisierung einer Photovoltaikanlage im Rat "hintertrieben" worden seien. Bevor man solche Behauptungen streut und uns in aggressivster Art und Weise in einer Gemeinderatssitzung angreift und öffentlich in einem Flyer denunziert, sollte es selbstverständlich sein, dass man vorher genaue Recherchen durchführt und erst dann an die Öffentlichkeit geht.

Wir haben den Begriff "hintertrieben" nicht gebraucht!

Zu Ihrer Information, liebe Bürgerinnen und Bürger, stellen wir Ihnen unseren kompletten Originaltext, so wie wir ihn an die Tageszeitung DIE RHEINPFALZ gesendet haben, zur Verfügung. Im Vergleich dazu liefern wir Zitate aus dem Artikel, wie er dann auf Basis unseres Textes von der Tageszeitung redaktionell bearbeitet wurde.

Originaltext der FWG an die Tageszeitung vom 24.11.2012. (Zitat:)

Nicht auf Recht gepocht.

Rödersheim-Gronau. Die Aufgabe von Vorstand und Fraktion der FWG Rödersheim-Gronau e.V. ist es auch, die Gemeinde vor einem finanziellen Kollaps zu bewahren. Bei der Teilerschließung des Gronauer Gewerbegebietes, Kosten 1,9 Mio. € für 15.000 m², bei einem Verkaufspreis von 75 €/m², wird der Gemeinde ein Schaden von mindestens 775.000 € zugefügt. Daher ist die FWG gegen das teure, unattraktive Gewerbegebiet. Die Kommunalaufsicht hat das Gewerbegebiet, mitsamt Finanzierung über Kredite, nun gestoppt. Wir haben über Jahre hinweg verschiedene Lösungen für eine Alternativnutzung des Gewerbegebietes angeboten. Ein Beispiel: Der Bau einer Photovoltaikanlage in Verbindung mit einem Wohngebiet. Mit diesem Paket hätte die Gemeinde richtig gutes Geld verdient. Doch Mandatsträger machten im Gemeinderat dieses Vorhaben mit der Teilerschließung (mit nur einem Interessenten, 1.000 m²) zunichte. Wir lassen uns nicht entmutigen und suchen weiter nach sinnvollen Lösungen. (Zitat Ende)

Daraus resultierender Bericht dieser Tageszeitung vom 27.11.2012. (Zitate:)

FWG: Keine Rechthaberei im Streit ums Gewerbegebiet

Rödersheim-Gronau. Der Rödersheim-Gronauer FWG geht es nach eigenen Angaben im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet nicht um Rechthaberei, sondern um das Wohl des Ortes. Ihre Lösungsvorschläge wie der Bau einer Photovoltaikanlage seien aber im Rat hintertrieben worden. Mit dieser Erklärung reagiert die Gruppe auf die RHEINPFALZ-Berichterstattung zu einer Entscheidung der Kommunalaufsicht...

... Für CDU und ÖDP ist die Entscheidung dagegen Beleg dafür, dass Rödersheim-Gronau das Gewerbegebiet braucht, um neue Einnahmen zu bekommen. Die FWG macht eine andere Rechnung auf: Die Teilerschließung von 15.000 Quadratmetern würde 1,9 Millionen Euro kosten. Werden die Flächen für 75 Euro pro Quadratmeter verkauft, bleibe die Gemeinde auf mindestens 775.000 Euro sitzen. (Zitate Ende)

Aus urheberrechtlichen Gründen dürfen wir hier nur auszugsweise die themenrelevanten Textpassagen drucken.

Wir sind der Meinung, dass wir Ihnen unseren Standpunkt und die Tatsachen zum Thema "Gewerbegebiet" in der Vergangenheit hinreichend dargelegt haben.

Reaktion auf Flugblätter, die von der CDU/ÖDP im Ort verteilt wurden:

<u>ÖDP – noch ökologisch?</u>: Ohne Rücksicht auf den Weihnachtsfrieden hat die ÖDP kurz vor dem Fest ein Flugblatt verteilt, in dem wir, sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Ort, die gegen das Gewerbegebiet sind, böse angepöbelt werden. Erkennbar ist, dass diese Partei ökologische Themen schon lange nicht mehr aufgreift. Dieses Vakuum wird längst - und das mit Erfolg - von der FWG gefüllt (Baumspendenaktionen, Anlegen von Streuobstwiesen, jährliche Säuberung von Feld und Flur, etc.). Das Gewerbegebiet wird von der CDU thematisiert und die ÖDP hat dazu stets die gleiche Meinung. Von der einst typisch ökologischen und unabhängigen Partei ist nicht mehr viel übrig geblieben.

<u>Demokratische Rechte</u>: Couragierte Bürgerinnen und Bürger werden von der ÖDP beleidigt und als schlechte und blinde Demokraten karikiert, weil diese ihre eigene, freie Meinung äußern. Dies ist einer politischen Partei unwürdig. So reagiert nur eine Partei die ihre Felle, sprich Wähler, hinweg schwimmen sieht.

Rechthaberei: Damit CDU/ÖDP Ihr Gesicht wahren können, haben Sie sich beide mangels Interessenten, notgedrungen für eine ruinöse Teilerschließung des Gewerbegebietes entschlossen. Die Kosten/m² der Teilerschließung: 15.000 m² für 1.900.000 € = 127 €/m². Verkaufspreis: 75 €/m². Von CDU/ÖDP festgelegter Preis. Schaden für die Gemeinde: Mindestens 775.000 €. Dies ist Fakt und keine Rechthaberei.

<u>Falsche Zahlen:</u> Beide haben über Jahre einen falschen Herstellpreis von 60 €/m² und eine hohe Zahl an Interessenten für Gewerbeflächen veröffentlicht und beides solange verteidigt, bis eine genauere Kostenrechnung vorlag. <u>Dies ist belegbar!</u> Nicht nur damit hat man das Gewerbegebiet über Jahre schön geredet und die Öffentlichkeit getäuscht.

<u>Gewerbesteuer</u>: Wie sollen Gewerbesteuern sprudeln, wenn örtliche Betriebe, die sie ja favorisieren, in das Gewerbegebiet umziehen? Das Gewerbegebiet soll doch eigentlich dem hiesigen Gewerbe dienen. Schon 1997 hat Herr Arnold, damals als Fraktionsvorsitzender der CDU, diesen Standort abgelehnt und prophezeit, dass mit der Fortschreibung des Gewerbegebiets "Gronau Ost" die Gemeinde im Schuldenstrudel endet und das Gewerbegebiet mit Prozessen überzogen werden wird. Er wollte das Gewerbegebiet in der Nachtweide ansiedeln. Da ihm seine Fraktion nicht gefolgt ist, ist er aus der CDU ausgetreten. Danach wurde er als parteiloser Kandidat mit überwältigender Mehrheit dreimal zum Bürgermeister gewählt, <u>obwohl</u> er den Standort "Östlich der Assenheimer Strasse" abgelehnt hat. Wenn man den Platz Nachtweide (gemeindeeigenes Gelände) politisch gewollt hätte, könnten schon seit Jahren, um hier die CDU/ÖDP zu zitieren, Gewerbesteuern sprudeln.

<u>Gewerbegebietsverhinderer</u>: Die FWG ist mit 4 von 21 Stimmen im Gemeinderat gar nicht in der Lage, das Gewerbegebiet zu verhindern. Mitte 2007 war die Urteilsverkündung des OVG. Der Weg für das Gewerbegebiet war frei. Aber erst 2012 entschlossen sich CDU/ÖDP für eine Teilerschließung. **WARUM?**

<u>Finanzen:</u> Die Schulden der Gemeinde erhöhen sich auf insgesamt 1,9 Mio. € für die ruinöse Teilerschließung, solange keine Gewerbeflächen verkauft werden können. <u>Dies ist kein Kristallkugellesen!</u>

Kommunalaufsicht legt Gewerbegebiet auf Eis: Diese Rechts- und Fachaufsicht prüft u.a. die Haushaltspläne und stellt sicher, dass die Kommunen die geltenden Gesetze beachten (Rechtsaufsicht). Daher müssen CDU/ÖDP die Entscheidung dieser Behörde akzeptieren und zur Kenntnis nehmen, dass sie in der Sache Gewerbegebiet falsche Entscheidungen getroffen haben. Sie sollten daher für ihre Fehler nicht die FWG verantwortlich machen.

Rödersheim-Gronau, Januar 2013

V.i.S.d.P:

1. Vorsitzender Artur Krämer, Goethestr.17, 67127 Rödersheim-Gronau, Tel. 2507, artur@fwg-roedersheim-gronau.de

Auflage: 1250 Stück

<u>Gemeinderatsmitglieder:</u> Christine Schollenberger-Diehl (Fraktionsvorsitzende), Thomas Angel (Stellvertr. Fraktionsvorsitzender), Gudrun Hauck-Reiss, Gerhard Weinacht